

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

11.1.1863 (No. 9)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 11. Januar.

N. 9.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einkaufsgeld: die gespaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Carl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 10. Januar.

Durch Allerhöchste Ordres vom 8. d. M. werden die Portepeschführer Eduard von Bodmann im 2. Infanterieregiment König von Preußen, und Hermann Wai- zenegger im 3. Infanterieregiment zu Leutnanten be- fördert;

dem Oberarzt Wiesel vom (1.) Leib- Dragonerregi- ment werden die Gradscheit des Oberleutnants verliehen.

Karlsruhe, den 10. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 5. d. M. gnädigst geruht, dem Bau- rath Robert Gerwig bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues den Charakter eines Oberbau- raths, und dem Rechnungsrath Wilhelm Fesenbeckh bei gedachter Behörde den Charakter eines Oberrachnungsraths zu ver- liehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die Delegirtenversammlung.

Bei der ersten offiziellen Ankündigung des Planes einer für Gesetzgebung an den Bundestag zu berufenden Versamm- lung von Delegirten aus den Einzelstaaten haben wir uns mit aller Entschiedenheit gegen einen Versuch ausgesprochen, welcher nach unserer Ueberzeugung keinen einzigen der politi- schen Schäden, unter welchen Deutschland leidet, zu heilen vermag, dagegen bestehende und im Ganzen für ihre Aufgabe genügende Institutionen zu verwirren droht. Was uns fehlt, ist politische Macht, um uns zu verteidigen und in der euro- päischen Völkergemeinschaft die Achtung zu gewinnen, deren Man- gel unser zu reiferem Selbstbewusstsein erwachtes Volk mit jedem Tage ungeduldiger empfindet. Gemeinsame Gesetze, deren Werth wir durchaus nicht unterschätzen, können diesem Grundübel nicht im mindesten abhelfen; sie lassen sich ande- rerseits in einem Staatenbunde nicht improvisiren ohne die Gefahr einer allgemeinen Verwirrung. Das Gesetzgebungs- recht, das selbst im Bundesstaat den Einzelstaaten als Regel belassen werden muß, können dieselben in Staatenbunde noch weniger missen; ein von Bundes wegen den Einzelgesetzge- bungen aufgelegter Stillstand würde schon nach wenigen Jahren als unerträglich sich erweisen. Eine Delegirtenversammlung, je nach Gelegenheit zur Begutachtung einzelner Gesetzentwürfe berufen, ist politisch völlig werthlos, denn es fehlt ihr alle und jede reelle Macht, und würde ihr fehlen, selbst wenn man das ihr zugeordnete Konsultativvotum zu einem entscheidenden erhobte. Ohne Steuerbewilligungs-Recht ist jede Volksvertretung ein wesenloses Phantom; kann man sich mit ihr über ein neues Gesetz nicht einigen, so bleibt es schlimmsten Falls bei dem alten; würden die Delegirten einen Entwurf des Bundestages ablehnen, so bliebe überdies noch die Möglichkeit, in jedem Einzelstaate in vielleicht diametral entgegengesetzten Richtun- gen neue Gesetze zu erlassen. Eine Delegirtenversammlung

Im Oregon.

(Fortsetzung aus Nr. 8.)

„Da zeigte der Doktor den Pferdeschuh. Am dritten Tag nach un- serem Verlassen des Forts Boise verlangte er die Bezahlung der zwei- ten Hälfte des bedungenen Expeditionsgeldes. Wir hatten nämlich gleich beim Beginn der Reise an des Doktors Forderung die Hälfte erlegt, während der Rest bei unserer Ankunft in Britisch-Columbia be- zahlt werden sollte. Sein plötzliches Begehren der zweiten Einzahlung war also nicht nur ein sehr verächtliches Vorgehen, sondern auch ge- radzu ein Vertragsbruch. Es gab hitzige Worte, denn der Doktor war ohnehin nicht mehr beliebt. Sein Jirnis von Freundschaft und Höflichkeit hatte sich längst abgerieben und sein hartes habgieriges Wesen hinlänglich geoffenbart. Zudem waren wir alle halb-hungerrig, abgemüdet und unruhig, und erst am selben Morgen war eine der armen deutschen Frauen unter'm Prairie-Rajen in einem von den Händen ihres Mannes und Sohnes ausgehiebten unteren Grab be- erdigt worden. Des Doktors Anordnung kam denn sehr übel ange- bracht, was wir ihm unversämmt sagten.“

„Zu unserm Schaden sollten wir aber finden, wozu der Doktors mensch- liche Bullenbeißer dienten. Hall und Tubber kamen in die Rathsversamm- lung herein, borstig wie gestellte Büren und bewaffnet bis an die Zähne.“

„Da, seht, Ihr!“ sagte Hall, seine Büchse spannend; „auf's viele Reden verließ ich mich nicht, ich. Ihr legt die Blanken hin, oder mich selbst — wenn wir nicht jeden vertrockneten Emigrant, Bri- tischer oder Deutschländer oder Irländer, aus unsern Wägen hinaus- schießen und sie zu Fuß auf die Prairie [Prairie] stellen, auf Scher- schers Klappen nach den [Gold-]Gräbereien zu traben. Ihr aber, ihr Bürger aus'm Westen, eure Sachen sind euer, der Proviant aber ist unser, die Indianer sind unsere Indianer, und stehen wie euch nicht an, so angelt für euch selber. Ist irgend ein Herr nicht zufrieden — da hab' ich einen treffenden Grund für 'nen. Er wies an Einem genug haben, rat's' ich.“

zu lediglich legislatorischen Zwecken kann nicht einmal als Keim betrachtet werden, aus welchem eine wirkliche und wirk- same Vertretung der deutschen Nation erwachsen könnte. Und wäre sie nicht schon an und für sich zur Bedeutungslo- sigkeit verurtheilt, so müßte diese aus ihrer Zusammenstel- lung mit dem Bundestag sich ergeben; ein dem echten Kon- stitutionalismus auch nur ähnliches Verhältnis ist mit einer nach Instruktionen handelnden Gesandtenkonferenz, in wel- cher möglicher Weise die Auftraggeber einzelner Mitglieder ein Scheitern einer Gesetzesvorlage wünschen, geradezu un- möglich. Nur die Schattenseite der Repräsentativverfassun- gen, das bisweilen mühsame Zusammenwirken von einander unabhängiger Faktoren, bleibe übrig, und würde in Ermang- lung jedes zur Einigung nöthigen Vermögens voraus- sichtlich in kurzer Frist zu völligem Stillstand der ganzen komplizirten Maschine hinführen.

Nur gegenüber einer einheitlichen Regierung sind par- lamentarische Institutionen möglich; nur ein auf unmittelbarer Volkswahl beruhendes Parlament kann die Einigung des deutschen Volkes bewirken und erhalten; nur in unserer wahrhaftigen politischen Einigung, in einheitlicher Zentral- gewalt und Parlament finden wir die Befriedigung des die ganze Nation beselenden Dranges nach einer würdigeren Existenz.

Wir unser früheres ungünstiges Urtheil über die Delegir- tenversammlung bei erneuter Prüfung nur bestätigt, so scheint uns doch die Angelegenheit zu einem Punkt gebie- hen zu sein, auf welchem die dringendsten vaterländischen Interes- sen mehr als bloße Kritik erheischen. Preußen hat sich auf das entschiedenste gegen jeden Versuch einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung durch den Bundestag und eine De- legirtenversammlung erklärt, und für den Fall, daß ein solcher dennoch gemacht werde, droht, den Bundestag nicht mehr als Organ des Bundes anzuerkennen. Halten wir den preußischen Standpunkt, nach welchem für jeden Schritt schon in dem Vorbereitungsstadium Stimmeneinheitlichkeit er- forderlich sein soll, bundesrechtlich für nicht begründet, so ist es doch andererseits über alle Zweifel erhaben, daß jeder end- liche Bundesbeschluss in der in Frage stehenden Materie Stimmeneinheitlichkeit voraussetzt, und es scheint uns weber- klich noch bundesfreundlich gehandelt, in einem Falle, in welchem, wie die Dinge nun einmal liegen, die Erreichung eines materiellen Ziels rechtlich und thatsächlich unmöglich ist, über eine unter solchen Umständen ganz bedeutungslose Vorfrage einen verderblichen Zwiespalt im Bunde hervorzurufen. Ein noch schlimmerer Mißgriff erschiene es uns aber, wenn die preußische Drohung des Austritts aus dem Bunde verwirklicht werden sollte, die wir selbst dann nicht gerechtfertigt fänden, wenn die Majorität mit ganz offenbarer Verletzung des Bundesrechts eine Delegirtenversammlung berufen und mit ihr Bundesbeschlüsse über gemeinsame deutsche Gesetze fassen wollte. Unabhängig von allem posi- tiven Recht besteht das ursprüngliche und unveräußerliche Recht unseres Volkes auf nationale Zusammengehörigkeit und Einigung zu einem politischen Ganzen. Wie im Anfang des Jahrhunderts die rettungslose Verfunkenheit des Reichs keine Entschuldigung war für den Abfall von der nationalen Sache, schwer und hart gebüßt von allen Theilen: so können wir heute selbst in der unzweifelhaftesten Rechtsverletzung des Einen nicht einen Rechtfertigungsgrund für den Andern fin-

„Dabei klopfte der Kerl auf den braunen Lauf seiner Büchse und ließ sein falsches Auge über uns hinlaufen, während die Weiber ein Geschrei erhoben und sich an ihrer Männer Arme hängten, als woll- ten sie sie zurückhalten. Mehrere der Anwesenden hatten Gewehre und Messer, und waren keine Memmen; und einmal meinte ich wirk- lich, es werde ein blütiges Handgemenge abgehen. Allein Hall und Tubber fanden Unterstützung an den beiden Disfouirer Fußleuten; der Doktor selber, wiewohl gelblich im Gesicht und unsichern Auges, hatte sich mit Büchse und Revolver eingestellt, und die Gewehre und Streitkolben der sechs Führer waren unverkennbar zum Gebrauch gegen uns bereit. Die Irländer und Deutschen waren ohne — oder fast ohne Waffen, während die Landwirthe aus den Weststaaten dem Bitten und Flehen ihrer Frauen nicht widerstehen konnten, die vor einem blutigen Kampfe bangten, in welchem selbst der Sieg verhängnisvoll sein müßte.“

„Die Dollars wurden widerstehend ausgezählt und der Doktor strich die volle Vergütung für seine Dienste ein, während noch Columbia weitab lag. Ich weiß nicht, werde es auch jetzt nie erfahren, was der gewissenlose Mann ursprünglich bezweckte.“

„Nach wieder einem langwierigen Tagemarsch hatten wir uns auf einer mit kurzem krauem Gestrüch bewachsenen Ebene gelagert, näher an den Blaueu Bergen, als wir bisher gelangt waren. Die Füh- rer hatten einen Borrath Süßholzwurzel heimgebracht — von einem Thier, das sie, glaube ich, durch einen Indianertrick angeschossen und gelähmt angetroffen und deshalb als leichte Beute erlegt hatten. Für dies Mal speisten wir gut zu Abend, und legten uns nun schlafen, einige unter die Wagnedaken, die übrigen um die Feuer, nachdem jeder sein Pferd angepöckelt hatte und die Sorge des Wachehaltens wie ge- wöhnlich den feindsüchtigen indianischen Führern überlassen worden war. Der Thau lag schwer in großen Perlenropfen auf Büscheln und Woll- deden, und mit Freude nahm ich eine Einladung zum Schlafen unter dem Wagnedack eines der Indianer Farmer an, des großen Simon Davis, einem sehr guten Muster seiner verderblichen Klasse. Davis

den, das, wenn auch noch so ungenügende Band zu zerreißen, welches alle Glieder unseres Volkes zusammenhält. Ja, weit über das preußische Votum hinausgehend, glauben wir, daß selbst Derjenige, welcher die Rechtsbeständigkeit des restaurir- ten Bundestags läugnet und nur als Thatfache ihn anerkennt, wenigstens diese Thatfache, als letzten Zusammenhalt unseres Volkes, heilig halten muß wie ein höchstes Recht. Eine Zer- reißung des Bundes würde an Allen auf das bitterste sich rächen, nicht minder an denen, die sie veranlaßten, wie an denen, die sie ausführten, und die zürnende Geschichte würde die eitle Mühe vermahnen, zu unterjuchen, ob die Schuld Dieser oder Jener um ein Quentchen leichter oder schwerer sei.

Angeichts einer gefährdrohenden Katastrophe fragen wir, gibt es kein Mittel, ihr vorzubeugen? Wir denken, es ist eines zu finden. Erfährt man, von dem einzelnen Streitfall abstrahirend, den prinzipiellen Gegensatz zwischen Oesterreich und seinen Verbündeten einer- und Preußen andererseits, so besteht derselbe darin, daß Jene eine, dem nationalen Bedürfnis entsprechende Reform auf der Grundlage des bestehenden Bundes für möglich halten und jedenfalls nur eine solche zu- lassen wollen, während dieses eine Ableugnung der Grund- lage für nothwendig und, solange sie unverändert besteht, Umgestaltungen für unzulässig hält, welche nach seiner Auf- fassung damit im Widerspruch stehen. Wir haben uns zu oft und zu nachdrücklich für die letztere Ansicht erklärt, als daß wir es nochmals zu wiederholen brauchten. Nur die Um- wandlung des Staatenbundes in den parlamentarischen Bun- desstaat bringt wirkliche Hilfe; wir vermögen in keinerlei Modifikation des Bundestags eine irgend genügende Reform zu erblicken. Aber so lange die Vertreter einer durchgreifen- den Reform im nationalen Sinn nicht in der Lage sind, für ihre Forderung zu handeln, sehen wir keinen Grund, die Gegenpartei an ihren Versuchen, die alte Bundesverfassung zu verbessern, rein negativ zu verhindern. Bis uns aus- führbare Vorschläge von wirklichen Inhalt gemacht sind, glauben wir nicht an diese Möglichkeit; gegen den Versuch können wir aber um so weniger einwenden, als er sicher die Richtigkeit unserer entgegenstehenden Ansicht bestätigen wird.

An einer Bedingung aber müssen wir freilich festhalten, wenn wir dafür sprechen, den Anhängern des Delegirten- planes freie Bahn für ihre Versuche zu gönnen, an der Be- dingung nämlich, daß, wenn sie die Bundesverfassung durch den Bundestag auf der bestehenden Grundlage verbessern wollen, sie auch innerhalb der Grenzen des Bundesrechts sich halten; daß sie nicht durch offenbar unzulässige Majoritäts- beschlüsse dem Bundestag eine Kompetenz zu Beschließen über gemeinsame deutsche Gesetze zuweisen, die er positiv-rechtlich nicht hat und nach der Natur der bestehenden Verhältnisse als bloßer Staatenbund, außer in konkreten Fällen kraft all- gemeiner Uebereinstimmung, unmöglich haben kann. Die Regierungen, welche die bestehende Bundesverfassung durch die Einrichtung von Delegirtenversammlungen zu verbessern suchen, kommen mit ihrem eigenen Standpunkt in Wider- spruch, wenn sie jenen Versammlungen eine bundesverfäs- sungsmäßig entschiedene unstatthafte Anwendung geben wol- len; dieselben wären vielmehr zur Theilnahme an einer sol- chen Thätigkeit des Bundestags zu berufen, welche unzweifel- haft in dessen Kompetenz gelegen ist. Das badische Sepa- ratvotum deutet eine derartige Verwendung der Delegirten an. Die Matriklarbeiträge zur Bundestasse und die Fest-

war Wittwer, er hatte seine Frau erst kurz verloren, und seine ganz Liebe auf sein einziges Kind, einen schönen schwarzäugigen sechs-jährigen Knaben, übertragen, den er mit einer so rauhen und bar- schen Mann wunderbaren Sorgfalt und Geduld hütete. Der Farmer war für's Fehlen gewesen, als der Doktor uns die zweite Hälfte unserer Zahlung abpreßte, und war weitaus das geschlossense und geachtete Glied der Karawane. Wir schliefen also Alle; da wachte mich das Wiehern und Schnauben eines schönen kohl-schwarzen Pferdes, eines Weißhang [Prairie-Pferd], das der Farmer von einem Trapper zu Fort Boise gekauft hatte, und das aus einer wilden Herde weit im Süden heraufgeführt worden war. Dieses Thier war, freundlich behandelt, sehr zuthunlich und gelehrig geworden, und dicht an Davis' Wagen von ihm angepöckelt. Er ritt es meist nur kurze Zeit jeden Tag, bloß um es den Schritt gehen zu lassen, weil er es zum Reiten für sein Schöhnchen, den Heizen Laipette Davis, bestimmte, sobald die- ser ein paar Jahre älter war, denn des Paters Wacht vermochte das Thier nicht zu tragen.

Der Mistfang also wickelte und schnaubte, und ich erwachte mit einem Gefühl von Gefahr, und den Kopf unter der Plane vorstreckend sah ich bei'm Schein des erlöschenden Feuers eine dunkle Gestalt um Schneeball's Fersen herumwehren und offenbar das Anpöckeln zu er- langen suchen, — eine schwere Aufgabe bei der Wuth, mit der das wackerste Pferd nach dem Eindringling hin ausdieselte.

„Gellah!“ schrie ich, „wer ist da? was wollt Ihr?“

Keine Antwort erfolgte, bis ich, mit lauter Stimme, zu schreien drohte, wenn mein Anruf ohne Antwort bliebe. Darauf erhob's in den Reihlöhnen des Halbbluts bequillam: „Ei! nur zu leid. Morgenjonne gehen Schildwag! Ihr mei- nen, Rog loskommen von Pfahlsrid, weiter nit. Gut! Nacht!“

„Und fort mit Kagentratten auf seinen Felsjandalen schlich der Halb- wäbe. Davis wachte auf und frag schlaftrunken, was los sei? und versank dann wieder in Schlummer.“ (Fortsetzung folgt.)

setzung der Militärkontingente zum Bundesheer erfolgen jetzt durch Beschlüsse des Bundesstages; die ungehemmte Wirksamkeit dieser Beschlüsse in den einzelnen Bundesstaaten ist, im Widerspruch mit den konstitutionellen Verfassungen derselben, nur um den Preis zu erkaufen, daß das freie ständische Bewilligungsrecht rechtlich negiert oder thatsächlich darauf verzichtet wird. Glaubt man überhaupt durch eine mit dem Bundesstages in Verbindung gesetzte Versammlung von Delegirten der Einzelkammern die Bundesverfassung verbessern zu können, so ist die natürlichste Funktion einer solchen Versammlung offenbar die, durch sie die Matritularbeiträge und die Militärkontingente endgültig bewilligen zu lassen. Der Widerspruch zwischen den konstitutionellen Einzelverfassungen und dem absolutistischen Bundesstages wird dadurch wenigstens etwas gemildert; die Einfachheit des Gegenstandes macht eine erfolgreiche Verhandlung zwischen den beiden zahlreichen und vielgeheilten Körperlichkeiten des Bundesstages und der Delegirtenversammlung verhältnismäßig leicht; die letztere hat in dem ihr eingeräumten Zustimmungsvolmachten zu unentbehrlichen, periodisch wiederkehrenden Beschlüssen des Bundesstages so viel reelle Macht, daß sie nicht wie in dem Falle, wenn sie lediglich auf legislative Arbeiten beschränkt wäre, Gefahr läuft, daß ihr Votum spurlos im Wind verweht. Eine Delegirtenversammlung zur Bewilligung der Matritularbeiträge und der Militärkontingente ist nach unserm Urtheil nicht entfernt eine dem nationalen Bedürfnis entsprechende Reform; sie wäre aber immerhin eine, wenn gleich sehr mäßige, Verbesserung der bestehenden Bundesverfassung und sie entspräche vollkommen dem prinzipiellen Standpunkte der die Delegirtenversammlungen beantragenden Regierungen. Sie wäre allerdings eine Aenderung, zugleich aber auch eine Verbesserung der bestehenden Bundesverfassung, ohne Alterirung ihrer Grundlage, so daß sich von diesem Standpunkte aus nichts dagegen einwenden ließe. Durch eine Vereinigung über eine derartige Reform könnte der drohende Zwiespalt am Bundesstages, möglicherweise ein furchtbarer Riß in unsere nationale Existenz, vermieden werden; die Anhänger des Delegirtenplanes hätten das Wesentliche ihrer Absicht erreicht, einen Versuch zu machen, ob durch Aenderungen der Bundesverfassung auf der bisherigen Grundlage wirksame Hilfe zu schaffen sei; die Vertreter der entgegengegesetzten Ansicht könnten und, so hoffen wir, würden auch nicht Einsprüche dagegen erheben, da der Versuch sich streng innerhalb des Bundesrechtes bewegte.

Wie es auch komme, Gott walte über dem Vaterlande, daß es sich nicht selbst zerreiße.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 9. Jan. Dem offiziellen Bericht über die Bundestages-Sitzung vom 7. d. M. entnehmen wir Folgendes:

Sachsen-Altenburg ließ die Genehmigung erklären, die Kommissionsvorschlüge wegen eines einheitlichen Maßes und Gewichts anzunehmen und deren Einführung im Herzogthum auf verfassungsmäßigem Weg zu bewirken, falls die Einführung dieser Vorschläge auch in den angrenzenden Staaten beabsichtigt würde.

Von einigen Gesandten wurden Uebersichten über den diesjährigen Stand der Bundeskontingente überreicht, von andern die erfolgte Einzahlung der Beiträge zur Unterstützung der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde in die Bundeskasse angezeigt.

Die Reklamationskommission erstattete den Geschäftsbericht über die Erledigung der ihr im vergangenen Jahre zugewiesenen Eingaben und wurde deren Neuwahl für das laufende Jahr auf die nächste Sitzung anberaunt.

Nachdem Johann auf Vortrag des Militärausschusses über die von der Militärkommission vorgelegten Rechnungen einer Bundesfestung der Erledigungsbescheid erteilt, ferner auf Grund eines Vortrages des betreffenden Ausschusses über die Beschwerde eines Standesherrn gegen eine Bundesregierung beschlossen war, diese um eine Erklärung über die gedachte Beschwerde zu ersuchen, auch in Gemäßheit eines Vortrages der Reklamationskommission über die Beschwerde eines Privatens gegen eine andere Bundesregierung ein das Eingehen auf die Beschwerde ablehnender Beschluß gefaßt war, nahm die Bundesversammlung die Erneuerung des Ausschusses für die Veröffentlichung der Bundestages-Verhandlungen für das laufende Jahr, sowie die Erneuerung der Exekutionskommission für das nächste Halbjahr vor. Ingleichen fanden die Wahlen zur Ergänzung der durch das Ausscheiden des bisherigen l. preussischen Bundestags-Gesandten Grafen v. Ufedom unvollständig gewordenen Ausschüsse statt.

München, 8. Jan. Ueber die neueste, in Sachen des Handelsvertrags nach Berlin ergangene Note macht die „Bayerische Zeitung“ die Andeutung, daß in derselben „die bayerische Regierung ihren Standpunkt der preussischen gegenüber nochmals erörtert und auch den letzten Zweifel in Berlin, wenn er reell bestand, über Bayerns Absichten gehoben habe.“ Dem von dort als vollendete Thatsache registrierten Abschluß des französischen Vertrags stehe nun als eben so vollendete Thatsache die Ablehnung gegenüber, und das Jahr 1863 werde die Bemühungen zu konstatieren haben, welche, sei es auf der demnächstigen Generalkonferenz, sei es sonst und anderswo, gemacht werden müßten, um die Gegensätze zu vermittelten.

Die Zeitungsnotiz, daß nach eingetretener Volljährigkeit des Prinzen Ludwig von Bayern König Otto zu Gunsten des Prinzen dem griechischen Thron entsagen werde, ist, der „A. Ztg.“ zufolge, zum mindesten eine viel verfrühte. Bevor nicht die Verhältnisse in Griechenland eine andere Gestalt angenommen haben, kann und wird sicher auch von einer Thronentsagung nicht die Rede sein.

Mainz, 9. Jan. (Fr. Z.) Die Polizei hat den angeblichen Verfasser der Broschüre „Schwester Adolphe“ sofort gestern Abend verhaftet und läßt auf die Broschüre selbst fahnden; ein großer Theil der Auflage ist aber bereits abgesetzt.

Koblenz, 6. Jan. Am vergangenen Sonntag fand zur feierlichen Eröffnung der neuen Kriegsschule zu Schloß Engers ein glänzendes Festdiner statt. Tags darauf be-

gann der Lehrtarif mit einer Anzahl von nahe an 100 Böglingen.

Köln, 8. Jan. Die „A. Z.“ meldet, daß die v. Beckers'sche Immediatadresse nach langen Debatten über die Fassung gestern von Seiten der Ultraliberalen zur Unterzeichnung gelangt ist; am Schlusse wird der Wunsch ausgedrückt, daß Se. Majestät dem Ministerium befehlen möge, dahin zu wirken, daß der Konflikt, welcher zwischen Krone und Volk bestiehe, beseitigt werde. — Dr. Kruse, der Redakteur der „Köln. Ztg.“, meldet das genannte Blatt ferner, ist vorläufig zu einer Geldbusse verurtheilt worden, weil er den Verfasser des Artikels anzugeben weigerte, welcher die Nachricht von einer ehrenrührigen Unteruchung gegen zwei preussische Marineoffiziere, wegen eines Vorfalls in Japan, brachte. Es handelt sich wieder, wie in dem Fall Hagen, einer Verletzung des Amtsgeheimnisses auf die Spur zu kommen.

Berlin, 8. Jan. Ueber das Befinden des Königs meldet der „Staatsanzeiger“: „Die Kräfte Sr. Majestät nehmen langsam, doch merklich zu. Der König empfing heute den Minister des königl. Hauses, Herrn v. Schleinitz, und den Vortrag des Präsidenten des Staatsministeriums.“ — Die „Prov.-Ztg. f. Schl.“ schreibt: Wie wir erfahren, hat der König eine besondere Feier des 3. Februar für Breslau angeordnet, und Vorschläge über die Modalitäten der Feier von den betreffenden Behörden eingefordert. Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch der König oder in Stellvertretung der Kronprinz der Feierlichkeit beiwohnen wird. Beim Breslauer Appellationsgericht ist bereits der Ausfall der Sitzungen für den 3. Februar angeordnet. — Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Die deutsche Politik des Herrn v. Bismarck wird am besten durch eine vor einiger Zeit erschienene Broschüre „Ein preussisches Programm in der deutschen Frage“ illustriert, welche von einem Diplomaten herrührt, der dem Ministerpräsidenten sehr nahe steht und füglich zu einer hervorragenden Stellung befördert worden ist.

„Ein lateinisches Nein! in Frankfurt und den einzelnen Regierungen gegenüber in allen Angelegenheiten, die nicht unmittelbar oder mittelbar ein positives preussisches Interesse fordern“, das ist — sagt die „Kölnische Zeitung“ — dieser Broschüre zufolge das erste Wort zur Lösung des deutschen Räthfels. Keine gemeinsame Exekutive, keine Volksvertretung, keine allgemeine Gesetzgebung, kein Bundesgericht für den ganzen Bund, keine engere Vereinigung als Staatenbund. Denn trotz der nationalen Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme anderen Nationen gegenüber beständen unter ihnen, namentlich zwischen dem Norden und Süden, die größten materiellen und politischen Gegensätze, die sich staatlich geltend machten und schon die jetzige Organisation des Bundes zu einer ohnmächtigen gestalten. Preußen müsse gerade innerhalb des Bundesverhältnisses diejenigen Beziehungen lockern, welche verborgene Gegensätze in sich schloßen, und dieses durch eine unabweislich vernünftige Haltung am Bunde gegen alle Maßnahmen bekunden, welche solche Beziehungen betrafen. Andererseits aber müsse es eine gesteigerte Vertragsthatigkeit auf dem Gebiete materieller, militärischer und politischer Interessen da entwickeln, wo jene Gegensätze nicht vorhanden seien, wo vielmehr die territorialen und staatlichen Verbindungen auf eine analoge Entwicklung mit Preußen hinwiesen. Der engere Zusammenschluß und bundesstaatliche Einrichtungen seien einem kleineren Kreise innerhalb des völkerrrechtlichen Bundesverhältnisses vorzubehalten. Preußen, sagt das Programm, müsse seinen deutschen Bundesgenossen gegenüber auf den Standpunkt eines gesunden „Staatsegoismus“ zurückkehren. Seit der Gründung des Bundes sei Preußen als bevorzugtes Glied zu unvorteilhaftigen Lasten für das Ganze verurtheilt gewesen. Es habe diese vortzugweise Belastung zu seiner ungünstigen territorialen Lage mit in den Kauf genommen. Ueberdies habe es jederzeit nach außen die deutschen Interessen in erster Linie vertreten. Die Folge davon sei die Ueberanstrengung seiner dauernden Leistungen für den Frieden und die Armee gewesen, in welchen es einen guten Theil für Andere getragen; der Anspruch der Bundesgenossen, daß Preußen unter der Fima Deutschlands bald nach Ost, bald nach West sich einlegen solle; endlich die positive Verstärkung der territorialen Richtung der anderen Bundesgenossen, wo es sich um positive Leistungen für den Bund handelte, und ihrer zentripetalen Bestrebungen, wo es galt, sich in fingirte Machtstellungen zu schrauben. Der reale Machtanflug Preußens in Deutschland sei unter diesen Umständen gesunken, wie dies die Abstimmungen in Frankfurt und die Thatsachen bewiesen, daß der deutschen Großmacht das Ziehen eines Telegraphenstrahls und die Anlage eines Schienenwegs über einige Meilen nichtpreussischen Gebiets hartnäckig verweigert worden sei. Ohne eine kräftige Konsolidirung Preußens sei eine Konsolidirung der deutschen Verhältnisse nicht denkbar. Wie sollte Deutschland nach außen zu einem gesteigerten Machtandruck gelangen, wenn sein vorzüglichstes Staatsglied in Deutschland selbst zu einer Schwächemacht herabsinkt? Für die deutsche Politik Preußens stehe das Programm folgende, in der Depesche des Grafen Bernstorff enthaltene Fundamentalfassung auf: 1) Der Bund muß auf seine rein völkerrrechtliche Grundlage zurückgeführt und die Bundesverträge müssen lediglich auf diejenigen Bestimmungen beschränkt werden, welche die Integrität und Sicherheit der Bundesstaaten garantieren; 2) eine engere Vereinigung der Bundesstaaten in allen Materien, welche dem inneren Staatsoberbau angehören, bleibt dem freien Vertragwege überlassen; 3) jede Umgestaltung des Bundes hat die realen Machtverhältnisse zum Ausgang zu nehmen.

Berlin, 9. Jan. Die Genesung Sr. Maj. des Königs macht andauernd erfreuliche Fortschritte. Heute Nachmittags um 2 Uhr nahm höchstselber den Vortrag des Kriegsministers v. Roon entgegen. Gegen 5 Uhr empfing Se. Majestät den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin. — Unter dem Vorsitz des Herrn v. Bismarck trat heute Mittag das Staatsministerium zu einer Berathung zusammen, welcher auch der Kronprinz beiwohnte. Gutem Vernehmen nach wird jetzt über die Aufstellung der Thronrede zur Landtagsöffnung verhandelt. Bereits ist definitiv entschieden, daß der Eröffnungsakt nicht vom König in Person, sondern im Auftrage Sr. Majestät durch den Ministerpräsidenten vollzogen wird. — Die Wiederherstellung der früheren beiden Abtheilungen im Ministerium des Innern soll binnen kurzem zu gewärtigen sein. Jede dieser Abtheilungen

wird ihren besondern Direktor erhalten. Als Direktor der politischen Abtheilung bezeichnet man den Geh. Rath v. Klitzow. Derselbe war früher vortragender Rath im Ministerium des Innern, und zog sich vor etwa zwei Jahren aus dem aktiven Staatsdienst zurück. Die Leitung der Verwaltungsabtheilung wird wahrscheinlich der Unterstaatssekretär Sulzer behalten. — Dem Vernehmen nach ist der früher zur Disposition gestellte Regierungspräsident v. Byer nunmehr zum Präsidenten der Regierung für die hohenzollernschen Lande ernannt worden. — Wie es heißt, eröffnet sich in Betreff der am Bunde schwebenden Streitfragen jetzt eine Aussicht auf Verständigung. — Der „Kreuzzeitung“ wird aus Paris gemeldet, daß Preußen dort im Sinne der Forderungen Bayerns und Württembergs Modifikationen des Handelsvertrags beantragt habe, und daß über diese Anträge mit der französischen Regierung Unterhandlungen im Gange seien. (Auch dem „Schwäb. Merk.“ schreibt man aus Paris Ähnliches.)

* **Wien**, 8. Jan. Die „Scharf. Korresp.“ kann „aus verlässlicher Quelle“ mittheilen, daß die von der „Gen.-Korresp.“ in Aussicht gestellte baldige Einberufung des ungarischen Landtags jedes thatsächlichen Grundes entbehrt. In ungarischen Regierungskreisen sei auch nicht das Geringste bekannt, das Anlaß bieten könnte, das baldige Eintreten einer solchen Eventualität, wie dies der ungarische Landtag ist, zu begründen. — Mehrere Wähler des Bezirks Alfervorstadt beabsichtigten an das Staatsministerium eine Vorstellung gegen das Verbot der Wählerversammlung, als mit konstitutionellen Zuständen in schreiendem Widerspruch stehend, zu richten. Auch sollen viele Wähler geneigt sein, Herrn Dr. Schusjka aufzufordern, die Beschränkung eines der natürlichen Wählerrechte in der ersten Sitzung des niederösterreichischen Landtags zur Sprache zu bringen. — Der Prager „Cas“ meldet, es sei den Bezirksämtern von der böhmischen Statthalterei anbefohlen worden, die Besprechungen der Landtagsabgeordneten mit ihren Wählern zu verbieten. Die amtliche „Prag. Ztg.“ bemerkt hiezu, nachdem sie vorher jene Maßregel der Regierung pflichtschuldigst vertheidigt, daß dieselbe in der nächsten Reichsraths-Session entweder selbst mit einem liberalen Versammlungsgefeß-Entwurf hervortreten oder dem Reichsrath, falls er kraft seiner Initiative einen solchen Entwurf schaffen und berathen will, die fördernde Hand reichen werde.

Der preussische Gesandte, Baron Wether, hatte gestern eine längere Besprechung mit dem Grafen Rechberg im auswärtigen Ministerium. Es soll sich, wie wir hören, zwar nicht um einen entgegenkommenden Schritt, wohl aber um einige erörternde Aufklärungen hinsichtlich der jüngsten Differenzen gehandelt haben, die allerdings auch geeignet sein dürften, als eine anzubahrende Verständigung betrachtet zu werden.

Der „Kamera“ meldet: Gutem Vernehmen nach wird im Kriegsministerium an einer neuen Konstitutions-eintheilung in 100 Ergänzungsbezirke gearbeitet, und es wird schon die Infanterie statt aus 80 in Zukunft aus 100 Regimentern bestehen, und zwar das Regiment, statt wie bisher aus 4, künftig nur aus 3 Bataillonen, von welchen im Frieden eines im Werbbezirk liegen und die Geschäfte des Depots besorgen soll. Im Krieg, wo sämtliche drei Bataillone ausmarschieren, werden zur Beforgung der Depotgeschäfte Depotdivisionen errichtet. Durch diese Maßregel würde der Stand der gesammten Infanterie von 320 auf 300 Bataillone herabgesetzt, und es würde hiedurch bei Aufrechthaltung des Kontingents die Zahl der Stabsbeamten eine Standesherababsetzung um beiläufig 10- bis 12,000 Mann erzielt. — Die Durchführung der Neuorganisation in der l. Marine wurde so eben angeordnet. Es werden mehrere Schiffe außer Bereitschaft gesetzt, die Mannschaften bis zur Einberufung beurlaubt, die Zulagen der Offiziere und Mannschaften fixirt u. dgl. Die erzielten Ersparnisse sind sehr bedeutend.

* **Wien**, 9. Jan. Soweit die telegraphisch bereits vorliegenden Berichte reichen, wurden gestern die 14 Landtage beifeits d. Leitha in ziemlich gleichförmiger Weise eröffnet. Die Regierung hat überall fast gleichmäßig die Gesetzesentwürfe zur Gemeindeordnung, zur Ordnung der Kirchenkonferenz, zur Regelung des Schutzpatronats und über das Strafenwesen eingebracht. Die erste Sitzung war allenthalben nur mit Erledigung von Formalitäten ausgefüllt, und es ist kein besonders auffallender Zwischenfall hervorzuheben. Der in Wien tagende niederösterreich. Landtag hat provisorisch, trotz des Widerspruchs von Seiten des Regierungskommissärs, eine Geschäftsordnung angenommen.

Von den offiziellen Begrüßungsreden, womit die Landtage eröffnet wurden, verdient nur die des Statthalters von Steiermark, Graf Straßoldo, besonders bemerkt zu werden. Derselbe sagt nämlich unter Anderem: „daß von einer Reaktion in Oesterreich nicht mehr die Rede sein könne, da es fester und unabänderlicher Wille des Kaisers sei, die Verfassung aufrecht zu erhalten. Ohne sanguinische Hoffnung sei mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch in den Ländern, welche bisher der Verfassung fremd geblieben, bessere Einsicht zur Geltung kommen werde.“ Diese Begrüßungsrede ist auch die einzige, von welcher der Telegraph meldete, daß sie mit Beifallsrufen von Seiten der Abgeordneten aufgenommen wurde.

Bregenz, 8. Jan. (A. Z.) Der vorarlbergische Landtag ward heute in hiesiger Stadt unter Anwesenheit eines l. l. Kommissärs und mit Abhaltung gottesdienstlicher Feier eröffnet. — Ungemein heftige Föhnstürme suchten im Verlaufe der letzten Tage hiesige Gegend heim; im angrenzenden Rheinthal und dem Appenzeller Gebiet wird von traurigen Verheerungen des Orkans berichtet. — Von Seite der Protestanten vorarlbergs wird die Errichtung eines protestantischen Kultusgebäudes (Bethhauses) für die protestantische Bevölkerung in der Umgebung von Feldkirch in der Nähe letztern Ortes beabsichtigt.

Oesterreichische Monarchie.

*** Verona, 6. Jan.** Man schreibt der „Presse“: Das fröhliche außerordentlich gespannte Verhältnis zwischen Oesterreich und Piemont beginnt sich nach und nach etwas zu bessern. Die gewissen Grenzkonflikte haben gänzlich aufgehört und im Gegentheile befehligen man sich einer gewissen gegenseitigen Zuvorkommenheit. So verirrte sich z. B. dieser Tage bei starkem Nebel eine österreichische Patrouille auf piemontesisches Gebiet, wo sie einer starken piemontesischen Patrouille begegnete. Vor wenigen Wochen noch wäre es gewiß zu einem förmlichen Geplänkel gekommen, — jetzt begegnete man sich sehr artig. Die piemontesische Patrouille machte selbst den Wegweiser, führte die österreichische an die Grenzschleife, und nachdem man aus der Zellfäse des piemontesischen Patrouillenführens einen gemeinsamen Schluss gethan hatte, trennte man sich in sehr guter Weise. Während der letzten Feiertage waren mehrere piemontesische Offiziere, darunter selbst gebürtige Venezianer, auf Besuch hierhergekommen und wurden allenthalben mit der größten Aufmerksamkeit und Artigkeit behandelt.

Italien.

Turin, 7. Jan. Die „Stampa“ widerspricht dem Gerücht, daß die Emanzipationsvereine sich rekonstituiert hätten; es hätten nur vorbereitende Versammlungen einiger Führer der Aktionspartei stattgefunden; wenn ernstliche Anstrengungen zur Wiederherstellung der Vereine gemacht werden sollten, so würde die Regierung das Auflösungsdekret in Vollzug setzen. — Der englische Dampfer „St. Georg“, mit dem Prinzen Alfred an Bord, ist in den Hafen von Neapel eingelaufen. — In der Nähe von Bari (im Neapolitanischen) hat ein Kavalleriegefecht zwischen Nationalgarben und Briganten stattgefunden, in welchem die Letzteren 20 Tode hatten.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. Wie der „Moniteur“ meldet, wird der Kaiser nächsten Montag die Gesetzgebende Session persönlich eröffnen. Die Eröffnungsrede wird Se. Majestät voraussichtlich den Ministern nächsten Sonntag, wo ein Ministerrath stattfindet, mittheilen. Gestern und heute hatte der Kaiser jedoch längere Unterredungen mit Hrn. Drouyn de Lhuys, welcher ihm eine Art Denkschrift über die Lage der auswärtigen Politik überreichte. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte überdies auch längere Besprechungen mit Hrn. v. Bubberg und Lord Cowley. — Der „Moniteur“ weist in seinem heutigen Tagesbericht wiederholt auf die frieblichen Gesinnungen der demokratischen Partei in Amerika hin, und drückt sogar den Wunsch aus, daß ein Artikel des „Philadelphia evening Journ.“ ab, welcher die Zeit gekommen sieht, wo der Streit zwischen dem Norden und dem Süden durch bessere Mittel gelöst werden müsse, als durch den resultatlosen Krieg. Der südamerikanische Agent Hr. Sibell jedoch versichert, daß gerade jetzt der Süden weniger als je an eine Annäherung denke. Dies mag dahingestellt bleiben. Einsteilen erfahre ich, daß Jefferson Davis einen Spezialagenten nach London und Paris geschickt hat, um eine Anleihe zu negoziiren. Wie man versichert, beruhet diese Unterhandlungen auf neuen Kombinationen und sollen sie einige Aussicht auf Erfolg haben.

An der Börse hatte sich gegen den Schluss das Gerücht verbreitet, es seien schlimme Nachrichten aus Mexiko eingetroffen. Dies ist unrichtig, die Franzosen können vorerst noch nicht vorrücken; das ist Alles. Was Anlaß zu den Gerüchten gab, ist die nunmehr beschlossene Abwendung einer weiteren Infanteriebrigade (7. Regiment aus Rom, zwei Bat. vom Fremdenregiment etc.), im Ganzen ungefähr 4000 Mann und 600 Mann Kavallerie. Diese Truppen werden an Bord der Dampf-Linienschiffe „Turenne“ und „Jean-Bart“, des Dampf-Transportschiffs „Rhône“ vom Hafen von Brax, des Dampf-Linienschiffs „St. Louis“, des Transportschiffs „Finisère“ von Toulon und des Transportschiffs „l'Europe“ von Rochefort nach Mexiko eingeschifft werden. — Sogleich nach Eröffnung der Session soll, wie versichert wird, Hr. Fould das Projekt einer Anleihe von 12 Millionen zur Unterstützung der erwerbslosen Arbeiter in den französischen Baumwollstädten einbringen.

Aus Turin erfährt die „France“, daß General Nungziante, welcher in den Ereignissen in Süditalien eine so traurige Rolle spielte, von der Regierung wieder ein aktives Kommando erhielt. Diese Ernennung wird im ganzen Königreich Neapel und in der Armee insbesondere einen äußerst unangünstigen Eindruck hervorbringen. — Baron Gros wird nächsten Dienstag auf seinen Posten nach London abreißen. — Heute fand die feierliche Uebertragung der Leichen der Erzbischöfe von Paris in die neu erbaute Gruft der Notre-Dame-Kirche statt. Während des Hochamtes wurde Mozarts Requiem ausgeführt. Die beiden Hofkandidaten für den erledigten erzbischöflichen Sitz von Paris sind: Mgr. Chalandon, Erzbischof von Aix, und Mgr. Darbois, Bischof von Nancy.

Die „France“ versichert (nach ihren Berliner Briefen) wiederholt, daß das preußische Kabinete der österreichischen Regierung keinerlei schriftliche Note zustellen ließ, daß überdies die Regierungen von Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover erfolgreich thätig seien, eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Großmächten herbeizuführen. — Der „Moniteur“ meldet die Ernennung des Herzogs von Montmorency zum Ordenskanzler des Kaisers; dieser junge Mann ist der älteste Sohn der Königin Christine von Spanien.

Die heute veröffentlichte Bilanz der Bank von Frankreich ist ungünstig in jeder Beziehung. Der Metallvorrath ist um 53 Millionen auf 269 Millionen zurückgegangen, während gleichzeitig der Banknoten-Umlauf die Summe von 825 Millionen gegen 781 Millionen im vorigen Monat (bei 822 1/2 Millionen Barzettel) erreicht. Die Wechselbestände überseits haben sich von 570 Millionen um 84 1/2 Millionen auf 654 Millionen; und es ist dabei zu bemerken, daß die

Bank mit großer Strenge bei Annahme der Bordereaus zu Werke geht; ein großer Theil ihres Portefeuilles besteht aus bereits öfters renovirten Wechseln der Bauunternehmer etc. Was, namentlich vom Standpunkt der Börse, noch schlimmer ist, das ist die Zunahme der Vorschüsse auf Rente um nicht weniger als 20 Millionen, — ein Beweis, wie langsam die Klassifizierung der schwabenden Titel vor sich geht und durch welche Mittel die Hausse der Aktienwerthe erzeugt worden ist. — Die Börse schloß unter dem Eindruck dieser Bilanz und der erwähnten Gerüchte ziemlich flau. Rente zu 70.50. Mob. zu 1147.50. Ital. Anl. 70.80.

Spanien.

Madrid, 8. Jan. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Collantes, antwortet in der Deputirtenkammer auf die Rede des Hrn. Mon, dessen Amendement mit 150 gegen 72 Stimmen verworfen wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Jan. (H. N.) Zu unserem Referat über die gestrige Debatte im Landsting bringen wir noch folgenden Nachtrag. Der Minister Lehmann äußerte u. A.: „Die ehemaligen vierfachen Ständeversammlungen hätten durch Ueberbreitung ihrer Kompetenz großes Unglück gebracht und dazu beigetragen, daß ein Staatsmann (Russell) annahm, daß die Monarchie aus mehreren Staaten bestehe.“ Man sieht hierin einen Fingerzeig in Betreff der Antwort an den englischen Minister. — Heute Abend findet die Wahl der sieben Mitglieder des Ausschusses für den Adressenvorschlag statt. Wahrscheinlich wird die ganze Verhandlung über diese Adresse ohne Resultat bleiben und der Vorschlag im Schoße des Ausschusses enden, theils weil die Regierung dringend von diesem Schritte abrath, theils weil das Thing sich über die wichtige Frage, ob Vertrauens- oder Mißtrauensvotum, nicht einigen kann. Die Bauernfreunde, welche Letzteres wollen, sind in der Minorität. — In dem am 29. v. M. gehaltenen geheimen Staatsrathe sind 19 Gesetze, welche dem Reichstage vorgelegt gewesen, vom König sanktionirt worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 9. Jan. (W. K.-B.) Das Steuerreform-Komitee hat beschlossen, den Einfuhrzoll auf Kupfer zu 200 Rubel herabzusetzen, und zwar um 1/2 Rubel per Pud jährlich von 1864 an bis 1870, wo der Zoll für die Land- und Seezufuhr gleichmäßig 1 1/2 Rubel betragen soll.

Von der polnischen Grenze, 8. Jan. (W. K.-B.) Aus Warschau wird berichtet, daß der Garvainer Denunziant bei der Schakommissions-Kasse sich zur Empfangnahme seiner Belohnung eingefunden und daselbst mittelst eines Dolmetsches tödtlich verwundet worden ist.

Türkei.

Konstantinopel, 3. Jan. Der Sultan zahlte die Schulden Bely Pascha's, Ergelanden in Paris, im Betrage von 150,000 Fres. Baron Prokesch konferirte mit Ali Pascha wegen der montenegrifischen Blockhäuser. — In Marasch in Cilicien werden neue Verwicklungen befürchtet, weil die Türken Häupter der dortigen kriegerischen Armenier hinarichten wollen.

Griechenland.

Athen, 3. Jan. (W. L.-B.) Hr. Scarlett und Hr. Elliot empfingen fortwährend Deputationen, deren Wahlspruch „Alfred oder Republik“ ist. Man hofft dadurch Nachgiebigkeit Seitens der englischen Regierung erzwingen zu können. Auch wird eine Adresse der griechischen Frauen an die Königin Viktoria vorbereitet. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten befriedigend; nur in der Maina gährt es noch. Die provisorische Regierung hat ein Kriegsschiff ausgesandt zur Verfolgung des im Archipel aufgetauchten Piraten, der bereits mehrere Rauffahnen pländerte. Das Offizierskorps hat die Erklärung abgegeben, die Nationalversammlung gegen alle Angriffe verteidigen zu wollen. Arsenus Michos ist zum Generalinspektor der Armee, Zimbrakatis zum Plagkommandanten von Athen ernannt. Bei Patras ist eine Fabrik angezündet und deren Direktor ermordet worden. Dergleichen hat bei Lamia ein Raubmord stattgefunden. Die Nachricht, daß der Präsident Bulgars mit Schweden Unterhandlungen bezüglich eines Anerkennens der griechischen Krone an den Prinzen Oskar angeknüpft habe, ist unwarh.

Baden.

Karlsruhe, 9. Jan. Als Bevollmächtigte zum Central-Ausschusse des landwirthschaftl. Vereins wurden auf Grund des §. 19 der Statuten gewählt im:

I. Wahlbezirk (Bezirksvereine Konstantz, Radoleszell, Ueberlingen, Weersburg und Salem): Hr. Oberlehrer Jung in Weersburg.
II. Wahlbezirk (Pflanzboden, Stetten a. f. M., Mefkirch, Stodach, Engen): Hr. Johann Baptist Koder in Mefkirch; Erbsamann Hr. Dehonem Bissing von Weesdorf.

III. Wahlbezirk (Donauerschlingen, Bellingen, Neustadt, Bommendorf): Hr. Pfarre Schmidt in Weiler, Amt Bellingen.

IV. Wahlbezirk (Jestetten, Baldshut, Säckingen, St. Blasien): Hr. Posthalter Duttlinger in Niedern, Amt Jestetten.

V. Wahlbezirk (Schönan, Schopfheim, Lörrach, Randern, Müllheim): Hr. Friedrich Rott zu Anker in Kirchen, Amt Lörrach.

VI. Wahlbezirk (Staufen, Breisach, Freiburg, Waldfisch, Emmendingen, Keningingen, Strenheim): Hr. Dr. Fridolin Schinzinger in Freiburg.

VII. Wahlbezirk (Freiburg, Hornberg, Wolfach und Gengenbach): Hr. Dehonem Steiner in Strohsbach, Amt Gengenbach; Erbsamann Hr. Dehonem Reis in Sulzbach, Amt Haslach.

VIII. Wahlbezirk (Lahr, Dittenberg, Oberkirch, Korf, Rheinbischshofheim): Hr. Rentamtmann Schud in Dittenberg.

IX. Wahlbezirk (Achern, Bühl, Baden, Gernsbach und Rastatt): Hr. Verwaltungr Weber in Retsenfeld, Amt Rastatt.

X. Wahlbezirk (Stillingen, Karlsruhe, Durlach, Pforzheim und Bruchsal): Hr. Friedrich zur Karleburg in Durlach; Erbsamann Hr. v. Langsdorff, Vorstand des landwirthschaftl. Gartens in Karlsruhe.

XI. Wahlbezirk (Bretten, Eppingen, Einsheim, Nedarbischhofheim): Hr. Bezirksförster Kauroy in Einsheim; Erbsamann Hr. Dehonem W. Paravicini in Bretten.

XII. Wahlbezirk (Heidelberg, Wiesloch, Schwetzingen, Philippsburg, Mannheim, Radenburg, Weinheim): Hr. Dr. Herth in Heidelberg.

XIII. Wahlbezirk (Eberbach, Mosbach, Adelshofen und Buchen): Hr. Thierarzt Berner in Eberbach; Erbsamann Hr. Oberamtmann Orff in Mosbach.

XIV. Wahlbezirk (Wallbürn, Wertheim, Tauberbischofsheim, Gerlachshausen, Krautheim und Forberg): Hr. Inspektor Fehlich in Forberg; Erbsamann Hr. Dehonem Stein in Kubach.

Die Bevollmächtigten zum Centralauschusse wurden durch besondere Schreiben auf Grund des §. 25 der Statuten eingeladen, sich Mittwoch den 14. Jan. 1863, Nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaale der landwirthschaftl. Zentralfelle dahier zur Prüfung der Protokolle über die Wahlen der Bevollmächtigten für den Centralauschusse einzufinden und sofort an den, Donnerstag den 15. Jan., Vormittags 9 Uhr, beginnenden Berathungen des Centralauschusses mit der diesseitigen Stelle Theil zu nehmen.

× Mosbach, 8. Jan. Mit immer größerer Spannung sieht man hier dem Eintreffen der Nachricht entgegen, daß Mosbach der Sitz eines Kreisgerichts sein werde. So viel Grund man auch hat, dieselbe zu erwarten, so glaubt man doch mit dem Beginn der projektirten Neubauten, wozu der Gemeinderath und Ausschusse bereits ein ansehnliches Kapital bewilligt haben, so lange noch zurückhalten zu müssen, bis eine definitive Entscheidung über diese brennende Frage erfolgt ist.

Der Auftr. Wessenberg's Andenten durch ein Denkmal zu ehren, hat hier lebhaften Anklang gefunden, indem die durch Vermittlung des Gemeinderaths zu diesem Zweck in Umlauf gelesene Kollekte zu einem erfreulichen Resultat geführt haben soll.

Seit einigen Wochen besteht auch hier das Institut der Dienstmännern. Dieselben besorgen jedoch die ihnen übertragenen Geschäfte für eigene Rechnung, und hat sich die städtische Behörde, die sie ernannt und gekleidet hat, nur das Recht der Kontrolle und Oberaufsicht vorbehalten.

Die seit zwei Monaten dem Verkehr übergebene Oberrheinische Eisenbahn hatte sich bis dahin, wie dies in gegenwärtiger Jahreszeit nicht anders zu erwarten war, zwar seiner besonders starken Frequenz zu erfreuen, brachte uns aber doch immer so viele Fremde, daß die vier täglich hier ankommenden und abgehenden Postomnibus in der Regel besetzt und nicht selten noch Beiwagen nöthig waren. Hierbei macht sich der Mangel einer eigenen Bahnhofs-Restoration immer mehr fühlbar, und oft schon hörte man von den in frühesten Morgenstunden oder spät Abends mit dem Postomnibus oder der Eisenbahn ankommenden Reisenden darüber klagen, daß sie, sowie das dienstthuende Fahrpersonal selbst, namentlich zur Winterzeit, genöthigt sind, im Wartsaale, jeder erwärmenden und härtenden Erfrischung entbehrend, in aller Geduld auszuharren, bis endlich die Stimme des Konduktors sie zur Weiterreise abrufen. Wir hoffen und zweifeln nicht, daß Seitens der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung auch diesem Mißstande durch Herrichtung eines besondern Lokals für eine Restauration im Bahnhofsgebäude selbst oder in dessen nächster Nähe und Uebertragung derselben an einen tüchtigen Wirth in Balde abgeholfen werden wird.

Emmendingen, 8. Jan. (Eb. Kur.) Die Kaufleute und Industriellen in hiesiger Stadt versammelten sich gestern, um unter Anderm auch zu berathen, ob ein neuer Verein an die Stelle der aufgelösten Handelseinnung zu treten habe. Nach genauer Erwägung und Prüfung der neuen Verhältnisse kam man zu dem Resultat, daß eine Vereinigung jetzt eher als früher Bedürfnis sei, werauf sofort eine Kommission zur Entwerfung der Statuten gewählt wurde.

Freiburg, 9. Jan. (Hr. Bl.) Gestern Nacht starb Hr. Lehrer Bösch in Folge eines Schlagflusses. Die höhere Bürgerschule, an welcher er lange Zeit hindurch die Mathematik lehrte, verliert an ihm einen tüchtigen, einsichtsvollen und gewissenhaften Lehrer; der Gewerverein, am welchen er sich namentlich als Bibliothekar große Verdienste erworben hat, beklagt in ihm den Verlust eines eifrigen und thätigen Mitgliedes.

Vermischte Nachrichten.

— Koblenz, 6. Jan. (Köln. Zig.) Gestern verschied hier nach längerer Krankheit der ehemalige 1. Oberlieutenant Friedrich Delius seit einer Reihe von Jahren Redakteur der hiesigen Zeitung. Sein Charakter, seine Thätigkeit und sein ehrwürdiges Alter sicherten ihm allgemeine Liebe und Achtung.

— Koblenz, 7. Jan. (Köln. Zig.) Die hier in Zirkulation gesetzte Zustimmungsaadreffe an das Abgeordnetenhaus, beziehungsweise an Hrn. Grabow, ist bereits mit mehreren Tausend Unterschriften bedekt und wird in einigen Tagen an ihre Bestimmung abgehen.

— Reichenberg. (Reich. Z.) Nach den Erhebungen der Handelskammer ist die Zahl der beschäftigungslosen Weber in fortwährendem Steigen. Von den 86,000 Baumwoll-Websühlen des Kammerbezirks stehen jetzt bereits 36,000!

— Die „Unterhaltungen am häuslichen Herd“, von Gutschow gegründet und zehn Jahre lang redigirt, sind in die Hände Karl Freyze's, des Romanstreiters und Feuilletonisten der „Nat. Ztg.“, übergegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 11. Jan. 1. Quartal. 6. Abonnementsvorstellung. Die Schlittenfahrt von Nowgorod; große Oper in 4 Akten, von Nissenberg; Musik von Jos. Strauß.

Dienstag 13. Jan. 1. Quartal. 7. Abonnementsvorstellung. Der Majoratserbe; Lustspiel in 4 Akten, von der Verfasserin von „Lüge und Wahrheit“. Hierauf, zum ersten Male: Mylord Cartouche; Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion.

